

Bekämpfung soll neu organisiert werden

Das „ernste Problem“ invasive Arten beschäftigt den Umweltsenat

(skl) Ein „ernstes Problem“ sieht Rudolf Schnur, Fraktionsvorsitzender von CSU/LM/JL/BfL, in der Ausbreitung invasiver, gebietsfremder Arten wie indischem Springkraut oder Riesenbärenklau. Deswegen ersuchte er für seine Fraktion um einen Sachstandsbericht im Umweltsenat zu Bekämpfungs- und Aufklärungsmaßnahmen solcher Arten. Diese soll zukünftig auf eine neue Basis gestellt und intensiviert werden.

Mit der Vorlage des Fachbereichs Naturschutz war Schnur jedoch gar nicht zufrieden. Vor allem, dass dem Umweltsenat nur einmal pro Sitzungsperiode, also alle sechs Jahre, ein Sachstandsbericht zu invasiven Arten vorgelegt werden solle, wie es im ursprünglichen Beschlussvorschlag hieß, stieß ihm sauer auf (wobei der genaue Wortlaut „mindestens einmal pro Sitzungsperiode“ hieß). Da fühlte er sich „veräppelt“, sagte Schnur in der Sitzung, „die Vorlage ist das Papier nicht wert“. Auch die Öffentlichkeitsarbeit sei stark Verbesserungswürdig; seit 2007 sei kein Flyer zu der Problematik mehr veröffentlicht worden. Er habe das Gefühl, die Verwaltung nehme das Problem (zu) leicht.

Dem widersprach Hans Ritthaler, Fachbereichsleiter Naturschutz, entschieden: Es sei für die Stadt personell einfach schwierig, allen Erfordernissen nachzukommen. Seit 2007 werden vorrangig die gesundheitsgefährdenden Arten Riesenbärenklau und Ambrosie regelmäßig und zeitnah nach ihrem Auftreten bekämpft. Den Riesenbärenklau „haben wir sehr gut im Griff“, so Ritthalers Einschätzung. Ziel sei bei den beiden erwähnten Arten die



Der Riesenbärenklau ist eine jener invasiven Arten, die auch in Landshut vorkommen und seit 2007 regelmäßig bekämpft werden.

Symbolfoto: Fabian Matzerath/dpa

gentümer, die wiederum vom Fachbereich stets schnell über ein Vorkommen informiert würden, wie der Fachbereichsleiter versicherte. Thomas Rottenwallner, Leiter des Amts für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, kündigte seinerseits an, er werde die Angelegenheit schon in den nächsten Wochen in einer „konzertierten Aktion“ selbst in die Hand nehmen.

Ergänzender Antrag von Stefan Müller-Kroehling

Dass der tatsächliche Beschluss des Umweltsenats doch zu Schnurs Gefallen ausfiel, lag auch an einem Dringlichkeitsantrag von Stefan Müller-Kroehling (ÖDP). Dieser sei als Ergänzung zum Antrag des Kollegen gedacht, erläuterte Müller-Kroehling im Senat. Bei der Bekämpfung invasiver und auch heimischer Problemarten müsse schnell gehandelt werden, schließlich könne damit Leid vermieden werden: Der Riesenbärenklau beispielsweise kann Verbrennungen zweiten Grades auslösen.

Der Umweltsenat soll nun laut Beschluss schon 2021, unter Berücksichtigung der Anträge Schnurs und Müller-Kroehlings, über das künftige Vorgehen der Verwaltung zu invasiven Pflanzen informiert werden. Ziel dabei soll sein, „die Bekämpfung konzeptionell neu zu organisieren und zu intensivieren“, heißt es. Auf Vorschlag Ritthalers soll auch der Landkreis mit einbezogen werden. Diesem Vorschlag schlossen sich die Ausschussmitglieder einstimmig an.